

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

10. November 2022

MdL Elke-Annette Schmidt

TOP 24

Beratung des Antrages der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU
Fondsleistung für Härtefälle in der Rentenüberleitung, bei Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und bei jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion endlich auf den Weg bringen
- Drucksache 8/1471 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete,

es waren einmal ca. 1,1 Millionen Menschen, die nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik von gravierender Rentenungerechtigkeit betroffen waren. Heute sind es noch rund 500.000 Personen, denen per Rentenüberleitungsgesetz 1991 ihre Sonderleistungen gestrichen wurden. Zu den Betroffenen zählen unter anderem ehemalige Mitarbeiter*innen von Post und Bahn, Krankenschwestern und Balletttänzerinnen. Weiter zählen zu den Benachteiligten auch zur DDR-Zeiten Geschiedene, meist Frauen, die nach BRD-Recht bei geringen Einkünften keinen Anspruch auf Versorgungsausgleich durch den Ex-Partner haben. Hier fordert der Verein der in der DDR geschiedenen Frauen seit Jahrzehnten Ausgleichszahlungen des Staates! Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ist dann nun endlich am Ende der letzten Legislaturperiode, kurz vor der Bundestagswahl, ein entsprechender Antrag eingebracht worden, der allerdings nur einer Minderheit der von Benachteiligung betroffenen Personen einen Anspruch auf Einmalzahlungen gewähren soll. Meine Damen und Herren Abgeordnete der antragsstellenden Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU, der uns heute vorliegende Antrag ist bei genauerer Betrachtung an Schamlosigkeit kaum zu überbieten. Seit Jahren wird zwischen Bund und Ländern intensiv verhandelt, in den letzten Wochen noch intensiver, weil der vorgesehene Fonds zu scheitern droht, die Mittel im Haushalt für den Fondsumfang um die Hälfte, von 1 Milliarde auf 500.000 Millionen gekürzt wurden. Das wurde bereits am 20. Oktober im Bundestag ausführlich debattiert und da möchte ich einfach auch gerne einmal Ihre Kollegin der CDU-Fraktion Frau Dr. Klein zitieren, die in der Debatte folgendes sagte (ich zitiere): „Ehrlich gesagt ist es feige, die Verantwortung den Ländern zu übertragen.“ Dem kann ich nur zustimmen. Sie, werte Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP, sollten lieber versuchen, verstärkt auf Ihre Bundesregierung Einfluss zu nehmen, damit nicht auch noch die 500 Millionen Euro, auf die Ihre Regierungsmitglieder und Bundestagsfraktionen den Fonds gekürzt haben, schlussendlich verloren und die wenigen, für die diese, doch eher geringe Einmalzahlung gedacht war, nicht vollkommen leer ausgehen. An die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion möchte ich folgende Frage richten: Sie hatten doch im Bund in der letzten Legislaturperiode und in den vielen Jahren davor die Möglichkeit diesen Fonds einzurichten und umzusetzen – wo war da Ihre Leidenschaft?

Sie haben mehr als 30 Jahre Rentenunrecht zu verantworten und statt sich für eine Beseitigung dieses Rentenunrechts gegenüber den noch lebenden anspruchsberechtigten 500.000 ehemaligen DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürgern einzusetzen, loben Sie sich für einen Fonds, der in Ostdeutschland gerade einmal drei Prozent der Rentnerinnen und Rentner erreicht, weil diese von der Grundsicherung leben müssen.

Das Rentenunrecht gegenüber den Geschiedenen, den Krankenschwestern, den Bergleuten oder den Beschäftigten der Reichsbahn und der Post, das wird in diesem Fonds nicht berücksichtigt – hier haben Sie in Ihrer jahrelangen Regierungsverantwortung auf Bundesebene die biologische Lösung einer gerechten Lösung vorgezogen.

Meine Bundestags- und Landtagsfraktionen angefangen bei der PDS bis hin zu den Fraktionen der LINKEN haben in den letzten mehr als 30 Jahren zig Anträge zu dem Thema gestellt, die Sie alle abgelehnt haben.

Und wenn Sie jetzt mit der Verantwortung der Länder kommen, will ich Ihnen folgendes sagen und das wissen Sie auch:

die ostdeutschen Bundesländer zahlen jährlich 2,6 Mrd. Euro für Sonder- und Zusatzrenten in Ostdeutschland, was eigentlich die vollständige Aufgabe des Bundes ist.

Und weil Sie das wissen, ist das Verschweigen dieses Sachverhaltes in dieser Debatte unredlich!

Und trotzdem ist Mecklenburg-Vorpommern bis Anfang dieser Woche eines der wenigen Bundesländer gewesen, das seinen geforderten Anteil in Höhe von 25 Millionen Euro leisten will und auch leisten wird.

Und wenn wir als Land das machen, dann hat das etwas damit zu tun, dass SPD und DIE LINKE dieses Unrecht anerkennen.

Wenn Sie die Enttäuschung der Menschen, die auf den Fonds gehofft haben, anführen, dann muss ich erwidern, die Ostdeutschen sind ob der Rentenerungerechtigkeit, der immer noch ungleichen Renten und der immer noch ungleichen Löhne in Ost und West mehr als 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD – einige sprechen auch vom Anschluss – schon lange enttäuscht, weil sie getäuscht wurden.

Und dafür tragen Sie für 24 Jahre an der Spitze der Bundesregierung die wesentliche Verantwortung.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.